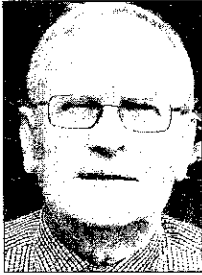


FW 21.07.21

Nachgefragt

Wie steht's ums Volksbegehren?

Der Arnstädter Hans-Günter Rittermann ist Mitglied des Sprecherrats der seit 2007 bestehenden Bürgerinitiativen für den Bereich des Wasser-Abwasserzweckverbands Arnstadt und Umgebung (WAZV). Allein die Arnstädter BI hat mehr als 300 eingetragene Mitglieder. Mittlerweile macht das thüringenweite „Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ Schlagzeilen, welches die Bürgerallianz Thüringen e.V. als Dachverband von mehr als 100 Thüringer Bürgerinitiativen initiiert hat.



Hans-Günter Rittermann. Foto: jok

Herr Rittermann, welche Ziele hat das Volksbegehren?

Seit dem 25. Juni dieses Jahres, dem „Tag der offenen Tür“ im Thüringer Landtag, sammeln die Bürgerinitiativen Unterschriften für das vorgenannte Volksbegehren. Ziel ist ein neues Kommunalabgabengesetz, das die Abschaffung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen vorsieht. Bis zum 5. August müssen 5000 Unterschriften in ganz Thüringen gesammelt werden als Voraussetzung, damit das Bürgerbegehren von der Landtagspräsidentin auf Zulässigkeit überprüft werden kann. Nach sechswöchiger Prüfung müssen landesweit innerhalb von vier Monaten nochmals 178 000 Unterschriften gesammelt werden – eine große Herausforderung für uns.

Wie ist das Echo der Bürger auf Ihre Aktionen?

Mit Stand vom 12. Juli konnten in ganz Thüringen rund 3000 Unterschriften registriert werden. Die Unterschriftensammlung wird jeden Dienstag am Arnstädter Hopfenbrunnen fortgesetzt.

Nennen Sie die Schwerpunkte der von Ihnen angestrebten Änderungen zum Thüringer Kommunalabgabengesetz – zunächst im Bereich Abwasserbeiträge?

Alle Investitionen im Abwasserbereich werden – wie beim Trinkwasser bereits seit 2005 gesetzlich geregelt – über Gebühren refinanziert, die Abwasserbeiträge werden abgeschafft. Bereits jetzt verzichten über 40 Aufgabenträger der Abwasserentsorgung in Thüringen auf die Erhebung von Beiträgen, wobei dieser Verzicht keineswegs zu überhöhten Gebühren führte.

Welche Vorschläge haben Sie zu den Straßenausbaubeiträgen?

Auch diese würden abgeschafft und durch eine Infrastrukturabgabe ersetzt. Sie ist eine aufwandsbezogene Abgabe und würde von allen Grundstückseigentümern der Gemeinden erhoben. Die Abgabe wäre umlagefähig auf die Betriebskosten. Soweit sich die Gemeinden freiwillig für ihre Erhebung entscheiden, würden bereits gezahlte Straßenausbaubeiträge verrechnet. Dies führt nur zu geringen finanziellen Belastungen bei den Betroffenen und dem Land entstünden keine zusätzlichen Kosten. Nähere Infos sind den Unterschriftsbögen zu entnehmen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf unsere Internet-Adressen www.buergerallianz.de und www.gebuehregerechtigkeit.de. Wer unterschreiben möchte und bisher keine Möglichkeit gefunden hat, kann sich auch per Telefon unter 03628 75053 (täglich 17-18 Uhr) persönlich an mich wenden.

Gespräch: Joachim Kreckow

Kuschel führt Linke-Fraktion

Arnstadt – Die Stadtratsfraktion der Arnstädter Linken geht mit einem neuen Fraktionsvorsitzenden in die Sommerpause: Frank Kuschel wurde einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Neuwahl war notwendig, da der bisherige Vorsitzende Steffen Dittes nach Erfurt zieht.